

Kriegserklärung an den Verbrenner

Wenn es nach den Plänen der EU-Kommission geht, sollen Autos in Zukunft so gut wie überhaupt keine Schadstoffe mehr ausstoßen. Wie realistisch ist das?



Foto: Kappeler

Neue Pläne der EU-Kommission zur Abgasregulierung, die unserer Zeitung exklusiv vorliegen, sehen die faktische Abschaffung von Verbrennungsmotoren vor. Was kommt da auf Hersteller und Autokäufer zu?

■ Von Markus Grabitz

Brüssel. Vor wenigen Tagen haben die deutschen Autobauer offiziell akzeptiert, dass sie die ambitionierteren Klimaziele im Jahr 2030 mittragen wollen. Da zeichnet sich bereits der nächste Öko-Hammer von Seiten der EU ab. Nach Informationen unserer Zeitung laufen vonseiten der Kommission die Vorbereitungen dafür, über die nächste Abgasnorm – Euro 7 – die Produktion von Verbrennern massiv zu erschweren. In einer internen Bewertung der Kommissionspläne durch die Hersteller heißt es: »Damit werden pure konventionelle Verbrenner aussterben.« Dazu die wichtigsten Fragen und Antworten:

Was ist gegenüber den jetzigen Standards geplant?
Die Abgasnorm setzt den Herstellern Obergrenzen für den

Ausstoß von Luftschadstoffen beim Betrieb von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor. Die Pläne sehen eine Verschärfung gegenüber dem jetzigen Standard um mindestens den Faktor zehn vor. Sowohl Diesel als auch Benziner wären betroffen. Die neueste Diesel-Generation der deutschen Hersteller unterbietet mit hohem technischen Aufwand die Stickoxid-Standards von Euro 6 (80 Milligramm pro gefahrenem Kilometer). Nun sind Grenzwerte von bis zu 30 Milligramm im Gespräch. Dieser Wert entspricht aber bereits der Messungsgenauigkeit der Geräte. Das heißt: Wenn die Pläne umgesetzt würden, dürfte ein Neuwagen gar keine Stickoxide mehr ausstoßen.

Was macht noch Kopfschmerzen?
Die Autos müssen die Grenzwerte ja schon länger im Echtbetrieb unter vielen unterschiedlichen Witterungs- und sonstigen Bedingungen auf der Straße nachweisen. Die Emissionen werden am Auspuff mit Hilfe von »PEMS«-Rucksäcken gemessen. Künftig sollen dabei sämtliche Toleranzen wegfallen. Das heißt: Die Autos dürften selbst bei einem Kaltstart im Winter an einer Stei-

gung die extrem strengen Grenzwerte nicht überschreiten. Auch sämtliche Toleranzen für Messungsgenauigkeiten an den Geräten, die bisher gewährt werden, sollen gestrichen werden. Das hieße: Um sicherzugehen, dass bei den Tests nichts anbrennt, müssten die Fahrzeuge die Grenzwerte in Zukunft deutlich unterbieten. Auch das könnte schwierig werden: Künftig sollen Pkw genauso behandelt werden wie Lieferwagen. Die Branche verweist darauf, dass es unterschiedliche Produktzyklen gibt und dass daher die Fahrzeugklassen unterschiedlich behandelt werden müssten.

INFO

Bund will Zuliefererbranche helfen

Die Bundesregierung will vor allem kleine und mittlere Autozulieferer beim schwierigen Strukturwandel mit einem Milliardenprogramm unterstützen. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) legte dafür Eckpunkte vor. Das Programm soll die Transformation beschleunigen, die Innovationskraft stärken und die Nutzung

Wie werden die Vorschläge bewertet?

Von der Branche werden sie als Kriegserklärung an den Verbrenner gesehen. Die Latte bei den Schadstoffgrenzwerten solle so hochgelegt werden, um bei Neufahrzeugen der Euro 7-Norm annähernd einen »Nullmissionsstandard« für Verbrenner festzuschreiben. Vertreter der Kommission haben bereits selbst deutlich gemacht, dass sie einen Paradigmenwechsel vollziehen wollten. Die bisherige Norm, Euro 6, sei noch so formuliert worden, um den medizinischen Anforderungen an die Luftqualität in den Städten zu genügen und um

die Stadtluft zu verbessern. Bei Euro 7 stehe dieses Ziel erklärtermaßen nicht mehr im Vordergrund. Jetzt gehe es vielmehr darum, die mit dem Green Deal der Kommission aufgestellte »Null-Verschmutzungsstrategie« (»Zero Pollution«) zu verfolgen.

Ist das alles schon amtlich?
Die Kommission bereitet gerade die nächste Stufe der Abgasnormen vor. 2021 will sie offiziell ihren Vorschlag dafür vorlegen. Er könnte 2025, 2026 oder auch erst 2027 in Kraft treten und die jetzige Abgasstufe Euro 6 dtemp ablösen. Noch ist nichts beschlossen.

OECD sucht Nachfolger für Angel Gurría

Im Rennen um den Posten des Generalsekretärs der OECD stehen die Kandidaten fest.

Paris. Zehn Personen sind nominiert worden, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit Sitz in Paris am Montag mitteilte. Darunter sind der dänische Vize-Generalsekretär der OECD, Ulrik Vestergaard Knudsen, die ehemalige schwedische EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, Australiens Finanzminister Mathias Cormann, Estlands Staatspräsidentin Kersti Kaljulaid und der Schweizer Ökonom Philipp Hildebrand. Bis März soll feststehen, welcher der Kandidaten künftig das Mandat innehaben wird. Der OECD-Generalsekretär wird von den 37 Mitgliedsländern auf fünf Jahre bestimmt. Die neue Amtszeit beginnt zum Juni 2021. Amtsinhaber Angel Gurría hatte im Juli angekündigt, sich nicht um ein weiteres Mandat zu bewerben.



Der scheidende Generalsekretär der OECD, Angel Gurría

Foto: Kappeler

Ex-Vorstand von Wirecard frei

München. Die Münchner Justiz will einen ehemaligen Wirecard-Vorstand aus der Untersuchungshaft entlassen. Die Staatsanwaltschaft teilte am Montag mit, sie habe bei der Ermittlungsrichterin des Amtsgerichts beantragt, den Haftbefehl vom Juli gegen engmaschige Auflagen außer Vollzug zu setzen. Nach den bisherigen Ermittlungen sei der Ex-Vorstand im Unterschied zu den weiter in Haft befindlichen Beschuldigten nur bis Ende 2017 an möglichen Taten beteiligt. Das Vermögen des Beschuldigten sei bereits umfassend gesichert. Nach dem Bilanzskandal beim insolventen Zahlungsdienstleister Wirecard wurden der frühere Vorstandschef Markus Braun sowie das frühere Vorstandsmitglied und ein weiterer Manager im Sommer in U-Haft genommen. Nach dem ehemaligen Vorstandsmitglied Jan Marsalek wird weiterhin gefahndet.

Siemens zahlt Corona-Bonus

München. Siemens zahlt den meisten seiner Mitarbeiter einen Corona-Bonus von bis zu 1000 Euro. Insgesamt schüttet der Konzern 200 Mio. Euro aus, wie er am Montag mitteilte. Alle Mitarbeiter weltweit mit Ausnahme des oberen Managements sollen demnach Geld erhalten – das dürften rund 235 000 Menschen sein. Die Zahlung unterstreiche die Wertschätzung »für die außerordentlichen Leistungen und den Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen unter schwierigsten Bedingungen«, sagte der scheidende Siemens-Chef Joe Kaeser. Das Geld soll nach Möglichkeit noch im laufenden Jahr fließen.

Konsum-Schecks gegen die Krise?

Pandemie | Gewerkschaft Verdi fordert zweites Konjunkturpaket

■ Von Basil Wegener

Berlin. Angesichts anhaltender Sorgen um die Wirtschaft in Deutschland fordert die Gewerkschaft Verdi ein zweites Konjunkturpaket gegen die Folgen der Corona-Krise. In wesentlichen Bereichen würden die Probleme und Risiken noch weiter überwiegen, sagte der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke. So hätten die Kommunen anhaltend mit drastisch sinkenden Gewerbesteuererträgen zu kämpfen. Beim öffentlichen Nahverkehr brächen die Einnahmen weg. Auch Kaufimpulse seien nötig.

Nicht fortgeführt werden sollte allerdings die Absenkung der Mehrwertsteuer, sagte Werneke. »Die Absenkung der Mehrwertsteuer hat nicht die Impulse gebracht, die wir uns in Deutschland erhofft haben«, erklärte der Verdi-Chef. Stattdessen sollten Konsum-Schecks ausgegeben werden. »Dies würde auch be-



Passanten in der Fußgängerzone in Hamburg

Foto: Bockwoldt

wirken, dass nicht immer nur noch mehr Geschäft im Online-Bereich gemacht wird.« Bereits vor einiger Zeit hatte Verdi Konsumschecks in Höhe von zunächst 500 Euro für Bürger ohne beziehungsweise mit geringem und mittlerem Einkommen vorgeschlagen. Die Schecks sollen nach sechs Monaten verfallen, um den betroffenen Branchen schnell zu helfen. Seit Juli gelten für ein halbes Jahr niedrigere Steuersät-

ze: 16 statt 19 Prozent beziehungsweise 5 statt 7 Prozent. Damit will die Bundesregierung den Konsum ankurbeln. Gegen eine Verlängerung der Mehrwertsteuersenkung hatten sich bereits Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) gewandt. Altmaier rechnet aktuell für das laufende Jahr mit einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 5,5 Prozent.

Kein Gründer-Zwang

Studie | Mindestlohn-Vorurteile entkräftet

■ Von Friederike Marx

Mannheim. Der gesetzliche Mindestlohn hat einer Studie zufolge zunächst nicht dazu geführt, dass Beschäftigte im großen Stil von Arbeitgebern in die Selbstständigkeit gedrängt wurden. Nach der Einführung der gesetzlichen Lohnuntergrenze Anfang 2015 sank die Solo-Selbstständigkeit ein Jahr später vielmehr um 7,4 Prozent, wie aus einer Untersuchung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Auftrag der Mindestlohnkommission hervorgeht. Rückgänge gab es demnach auch in besonders betroffenen Branchen wie Hausmeister- oder Reparaturdiensten.

Damit würden Befürchtungen entkräftet, dass Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte in großem Ausmaß zur Selbstständigkeit zwingen würden, um den Mindestlohn nicht bezah-

len zu müssen, erläuterte ZEW-Experte Moritz Lubczyk. Insgesamt gab es bereits vor 2015 den Angaben zufolge einen anhaltenden Rückgang der Solo-Selbstständigkeit in Deutschland. In den Jahren um die Einführung des Mindestlohns lief die deutsche Wirtschaft rund. Generell sank in dieser Zeit die Zahl der Menschen, die sich mangels Alternativen auf dem Arbeitsmarkt selbstständig machten. Diese Entwicklung sei durch die Effekte des Mindestlohns weiter verstärkt worden, hieß es in der Studie.

Nächste Anhebung 2021

Der gesetzliche Mindestlohn war zum 1. Januar 2015 mit 8,50 Euro brutto pro Stunde eingeführt worden. Zuletzt hatte es eine Anhebung in zwei Stufen auf die jetzigen 9,35 Euro gegeben. Zum 1. Juli 2021 wird er auf 9,60 Euro, zum 1. Januar 2022 auf 9,82 und zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro angehoben.